

REALPOLITIK IM DEUTSCHEN INTERESSE

STRATEGIE

Strategiepapier der AfD-Fraktion
im Deutschen Bundestag zur
Außen- und Sicherheitspolitik

Realpolitik im deutschen Interesse

Strategiepapier der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
zur Außen- und Sicherheitspolitik

VORWORT

»Sie werden uns nicht fehlen« – so brachte es Russlands Botschafter bei den Vereinten Nationen auf den Punkt und lächelte den deutschen UN-Botschafter Heusgen über den runden Tisch hinweg spöttisch an. Die undiplomatische Äußerung des Russen galt der Bewertung der Mitgliedschaft Deutschlands im UN-Sicherheitsrat.

Was üblicherweise mit Lobgesang und Anerkennung für den Einsatz im Geiste der Weltgemeinschaft begleitet wird, traf Ende 2020 auf bissig kühle Kommentare der russischen und chinesischen Vertreter. Selten zuvor wurde ein einst hoch respektiertes Mitglied der Völkervertretung so ungeschönt abgekanzelt. Chinas UN-Botschafter gab den Deutschen noch ein »Gut, dass wir euch los sind!« mit auf den Weg. Quo vadis, Germania?

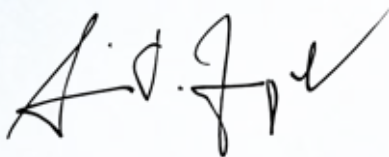
Galt unser Land in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg weltweit als ein angesehener und verlässlicher Gesprächspartner und geschätzter Freund, wenden sich seit einigen Jahren auch ehemals enge Verbündete von einem Deutschland ab, dessen politische und gesellschaftliche Prämissen sie nicht mehr nachvollziehen können und dessen konkretes außenpolitisches Handeln sie nicht mehr akzeptieren.

Diese unhaltbare Situation, aus der heraus für Deutschland schon jetzt eine Vielzahl außenpolitischer Verwerfungen erwachsen, will die AfD-Bundestagsfraktion nachhaltig ändern. Ihr Arbeitskreis Außenpolitik, dessen Mitglieder zugleich dem Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages angehören, definiert die strategischen Interessen Deutschlands in der Welt neu und erarbeitet seit seiner Konstituierung im September 2017 für jede Weltregion Vorschläge, wie ein für alle Beteiligten zufriedenstellender Interessenausgleich erreicht werden kann.

Mit dem hier veröffentlichten Grundsatzpapier möchte die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag die wichtigsten Grundsätze einer Außenpolitik im deutschen Interesse aufzeigen. Wir lehnen die von der deutschen Bundesregierung favorisierte Strategie einer regelbasierten, multilateralen Weltordnung ab und fordern die Rückkehr zu einer eindeutig formulierten nationalen Außenpolitik, die sich bei der Bewältigung der großen globalen Herausforderungen stets auch des Nutzens für Deutschland vergewissert.

In diesem Sinne verstehen wir die nachfolgenden Positionen und Leitlinien auch als streitbaren Appell an die zukünftige Bundesregierung, beweglich und standfest zugleich dem Prinzip »Realpolitik geht vor Moralpolitik« zu folgen.

Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. P. Hampel', with a stylized flourish at the end.

Armin-Paulus Hampel, MdB

Außenpolitischer Sprecher der Afd-Fraktion im Deutschen Bundestag

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
I. Allgemeine Grundsätze einer Realpolitik im deutschen Interesse	9
1. Vorbemerkung	10
2. Deutsche Interessen	11
3. Generalziele – dauerhaft gültige Grundsätze politischen Handelns in Deutschland	12
4. Bedeutung der Begriffe, die die Generalziele konstituieren	13
5. Leitlinien	16
II. Strategische Ziele der Außen- und Kulturpolitik	19
1. Die deutsche Identität bewahren	20
2. Europa als Verbund souveräner Vaterländer gestalten.	21
3. Friedliche und konstruktive Beziehungen zu den Nachbarstaaten Deutschlands unterhalten	23
4. Datensouveränität zurückgewinnen	24
5. Das Völkerrecht weiterentwickeln	25
6. Die deutschen Interessen in internationalen Organisationen stärker zur Geltung bringen	26
7. Das Gemeingut der Menschheit schützen (»Global Commons«)	27
8. Deutsche Kulturarbeit und deutsche Minderheiten im Ausland fördern	28
9. Not- und Katastrophenhilfe leisten	29
10. Den Auswärtigen Dienst reformieren und ihn zur Umsetzung einer deutschen nationalen Gesamtstrategie befähigen	30

III. Strategische Ziele der Sicherheitspolitik	33
1. Die territoriale Integrität Deutschlands schützen	34
2. Deutsche Bürger im In- und Ausland schützen	35
3. In der NATO eine gestaltende Teilhabe sicherstellen	36
4. Glaubwürdig zum Schutz der NATO-Bündnispartner beitragen	37
5. Die außenpolitische Handlungsfreiheit Deutschlands sichern	38
6. Deutschland gegen internationalen Terrorismus und Kriminalität verteidigen	38
7. Relevante Krisenregionen stabilisieren	40
8. Die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr wiederherstellen	41
9. Die nationale wehrtechnische Industrie stärken	43
IV. Strategische Ziele der Außenwirtschafts-politik und Entwicklungszusammenarbeit	45
1. Die Energie- und Rohstoffversorgung Deutschlands sichern	46
2. Deutsche Unternehmen im Außenhandel durch geeignete Maßnahmen unterstützen	47
3. Die Rechtssicherheit für freien Handel und Wettbewerb stärken	48
4. Die Stabilität des Weltfinanzsystems stärken	48
5. Entwicklungsländer zielgerichtet individuell unterstützen	49

V. Ressortabgrenzung	51
1. Bundeskanzleramt	52
2. Auswärtiges Amt	52
3. Verteidigungsministerium	53
VI. Umsetzung der deutschen nationalen Gesamtstrategie	55
 Nachwort - Dr. Alexander Gauland, MdB	 56
 Die Mitglieder des Arbeitskreises für Auswärtiges der AfD- Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestages	 66
 Die stellvertretenden Mitglieder des Arbeitskreises	 68
 Bundestagsreden des Arbeitskreises zur Aussenpolitik	 70



Sitzung des Arbeitskreises für Auswärtiges
der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, 2020



Bildquelle: Adobe Stock / © carol_anne

I. ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE EINER REALPOLITIK IM DEUTSCHEN INTERESSE

Die deutsche nationale Gesamtstrategie definiert die langfristige Zielvorstellung deutscher Politik als Ganzes und umfasst sämtliche Politikfelder.

Sie fußt auf sechs für Deutschland dauerhaft gültigen Grundsätzen politischen Handelns, die wir auch als Generalziele bezeichnen.

1. Vorbemerkung

In dem vorliegenden Grundsatzpapier beschränkt sich die Darstellung auf die Außen- und Sicherheitspolitik, die Entwicklungszusammenarbeit sowie die Außenwirtschaftspolitik als Hauptsäulen einer Gesamtstrategie. Diese erhebt den Anspruch, durchgängig, konsistent, widerspruchsfrei und vollständig zu sein. Sie wird von oben nach unten formuliert.

Die Einzelziele müssen spezifisch, messbar, angemessen, realistisch und terminiert werden (SMART) und können in unterschiedlicher Intensität betroffen sein. Daraus kann durchaus folgen, dass ein nachrangiges Ziel bei nur geringer Betroffenheit eines übergeordneten Zieles Beachtung finden muss. Das Gesamtkonzept soll die konkrete Abwägung bei Einzelfallentscheidungen erleichtern.

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

19/24393; Eine ressortübergreifende, nationale Sicherheitsstrategie erarbeiten – Den Bundessicherheitsrat zum Nationalen Sicherheitsrat ausbauen



Die Ebenen sind von oben nach unten:

1. Generalziele – dauerhaft gültige Grundsätze politischen Handelns in Deutschland
2. Strategische Ziele erster Ordnung
3. Strategische Ziele zweiter Ordnung
4. Operative Ziele der einzelnen Organisationen und Dienststellen im Rahmen eines Umsetzungskonzeptes der strategischen Ziele
5. Einzelziele zur Erreichung der operativen und strategischen Ziele im Rahmen von Prozessen und Projekten des Umsetzungsplans



Bildquelle: Adobe Stock / © Craig

2. Deutsche Interessen

Die deutschen Interessen werden durch die Ziele der deutschen nationalen Gesamtstrategie definiert. Sie leiten sich aus den Generalzielen ab. Da es auch konkurrierende Ziele und Interessen gibt, ist es erforderlich, zwischen ihnen abzuwägen. Hierzu dient eine eindeutige Zielhierarchie. Übergeordnete Ziele haben Vorrang. Hinzu kommt die konsequente Anwendung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit. Politik muss sich an den realen Gegebenheiten orientieren und wissenschaftlichen Kriterien genügen. Neben die Effektivität der Zielerreichung tritt auch die Effizienz. Diese Überlegungen können zu Kompromissen führen, sofern nicht nachrangige Ziele nach konkreter Abwägung den höherwertigen gleich- oder übergeordnet werden. Wir benötigen Bewertungsmaßstäbe, die objektiv feststellen, ob und in welchem Maße sowie mit welchem Aufwand Ziele erreicht worden sind.

3. Generalziele – dauerhaft gültige Grundsätze politischen Handelns in Deutschland

Unsere Generalziele lauten:

1. Ein souveränes Deutschland,
2. das die Freiheit und Sicherheit seiner Bürger garantiert,
3. ihren Wohlstand mehrt,
4. in einem Europa souveräner Staaten, das prosperiert
5. in einer Welt, die sich politisch und wirtschaftlich weiterentwickelt,
6. in der sich Deutschland für ein friedliches Miteinander der Völker einsetzt.

Die Abfolge der Ziffern bildet die Zielhierarchie ab.

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

19/15064; Kriegerische Eskalationen im Nahen Osten vermeiden – Über eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Vorderen Orient Stabilität schaffen



4. Bedeutung der Begriffe, die die Generalziele konstituieren

4.1. Die Souveränität Deutschlands

Grundlage und Voraussetzung für die Bestimmung und Wahrnehmung deutscher Interessen ist die Souveränität Deutschlands. Hierzu gehört, dass die Freiheit des deutschen Volkes nicht durch auswärtige Mächte oder Organisationen und nichtstaatliche Akteure beeinträchtigt wird. Unverzichtbar ist die Bewahrung der deutschen Identität und Kultur.

In der heutigen globalisierten Welt ist die Frage der Souveränität und die der gezielten sowie kontrollierten Abgabe eigener Souveränität von zentraler Bedeutung. Alle Felder der Außenpolitik sollten auf diese Frage hin überprüft werden. Ihre Beantwortung ist stets ein dynamischer Prozess.

Die Abgabe von Hoheitsrechten an supranationale Organisationen kommt ausschließlich auf Grundlage einer Parlamentsentscheidung nach erfolgter Volksabstimmung in Betracht. Die Schutzwirkung der Grundrechte nach dem Grundgesetz muss in jedem Fall, auch bei Übertragung von Hoheitsrechten auf supranationale Organisationen, gewährleistet bleiben. Internationale Verträge und Konventionen müssen kündbar sein, falls sie deutschem Interesse zuwiderlaufen.

4.2. Die Freiheit und Sicherheit seiner Bürger garantieren

Eine Garantie ist keine »Bemühens-Klausel«, sondern verbindlich. Diese Garantie erstreckt sich nur auf deutsche Staatsbürger.

Mit Freiheit sind gemeint:

- die Freiheit, eigenverantwortlich seinen eigenen Lebensstil zu wählen;
- die Freiheit und Verantwortung, die eigenen Kinder selbst zu erziehen;
- die Freiheit, wirtschaftlich im Rahmen einer sozialen Marktwirtschaft tätig zu sein, ohne unnötig bevormundet zu werden;
- die Freiheit, die eigene Kultur und Sprache ungeschmälert zu bewahren.

Mit Sicherheit ist gemeint:

- der Schutz deutscher Staatsbürger im Inland vor rechtswidriger Gewalt oder vor Kriminalität.

Diese Garantie gilt für deutsche Staatsbürger, die sich im Ausland aufhalten, nur eingeschränkt. Im Inland erstreckt sich diese Garantie auch auf Ausländer, die sich rechtmäßig in Deutschland aufhalten.

4.3. Den Wohlstand seiner Bürger mehren

Deutschland ist als Exportnation auf einen freien globalen Handel, der zum Erhalt und zur Erhöhung des Wohlstands seiner Bürger beiträgt, angewiesen. Die Sicherstellung einer stabilen Versorgung mit allen notwendigen Ressourcen ist eine Voraussetzung für die Konkurrenzfähigkeit auf internationalen Märkten. Der Zugang zu allen Rohstoff- und Absatzmärkten ist daher für unser Land überlebenswichtig. Deutschland

hat aufgrund seiner geografischen Lage ein vitales Interesse an der wirtschaftlichen Stabilität seiner Nachbarn.

4.4. Ein prosperierendes Europa souveräner Staaten

Wenn die Staaten Europas prosperieren, fördert dies deren Stabilität. Die Verfolgung gemeinsamer und somit auch deutscher Interessen wird hierdurch erleichtert.

4.5. Eine Welt, die sich politisch und wirtschaftlich weiterentwickelt

Dies ist ein Ziel im deutschen Interesse, das die Stabilität erhöht und somit den Wohlstand auch in Deutschland fördert.

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

19/20678; Beobachterstatus bei der Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit beantragen



4.6. Deutschland setzt sich für ein friedliches Miteinander der Völker ein

Das friedliche Miteinander der Völker liegt im deutschen Interesse. Wir führen oder unterstützen keine Kriege, um die Demokratie zu erzwingen.

5. Leitlinien

Aus den Generalzielen ergeben sich folgende Leitlinien außenpolitischen Handelns:

1. Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik ist den deutschen nationalen Interessen verpflichtet.
2. Deutschland ist nicht immer in der Lage, seine Interessen allein durchzusetzen; daher strebt es an, diese über zwischenstaatliche Kooperationen zielorientiert zu erreichen.
3. Obwohl fest im atlantischen Bündnis verankert, kann Deutschland eine besondere Brücken- und Mittlerfunktion zum russisch-asiatischen Raum einnehmen.
4. Deutschland erkennt gemäß Grundgesetz die allgemeinen Regeln des Völkerrechts an und beteiligt sich aktiv an deren stringenter Weiterentwicklung.
5. Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist ein Kernstück der nationalen Souveränität.
6. Die internationale Rechtsprechung findet ihre Grenzen dort, wo sie die deutsche Souveränität beeinträchtigt oder in Frage stellt.
7. Multinationale Missionen unter Beteiligung der Bundeswehr außerhalb des NATO-Bündnisgebietes müssen durch die Vereinten Nationen autorisiert sein. Deutschland lehnt Alleingänge ohne Mandat der Vereinten Nationen ab.

8. Deutschland beteiligt sich nur an Auslandsmissionen, wenn diese rechtlich legitimiert sind und tatsächlich auch deutschen Interessen dienen.

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

19/7937; Das deutsche Engagement in Afghanistan beenden



Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

19/17529; Beteiligung deutscher Streitkräfte an der Sicherheitsoperation SEA GUARDIAN im Mittelmeer beenden – Maßnahmen zur Evaluierung des Auslandseinsatzes ergreifen



Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

19/19155; Aus dem Einsatz in Afghanistan lernen – Militärmission MINUSMA nicht fortsetzen



Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

19/19154; Militärmission EUTM Mali beenden



Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

19/27199; Deutschland wird nicht am Hindukusch verteidigt – Abzug deutscher Soldaten aus Afghanistan zeitnah einleiten





Goethe-und-Schiller-Denkmal, Weimar

Bildquelle: Adobe Stock / © Deen K Ersin

II. STRATEGISCHE ZIELE DER AUSSEN- UND KULTURPOLITIK

Wir identifizieren zehn für die Außen- und Kulturpolitik verbindliche strategische Ziele, die in den entsprechenden Fachressorts verpflichtend umzusetzen sind.

1. Die deutsche Identität bewahren

Um die deutsche Identität zu bewahren, ist es erforderlich, die illegale Masseneinwanderung aus fremden Kulturkreisen nach Deutschland zu beenden und rückgängig zu machen.

1. Als unverzichtbaren Bestandteil deutscher Souveränität müssen wir die eigenen Grenzen schützen. Kontrollierte Grenzen widersprechen nicht einem freien Warenverkehr.
2. Auf der Basis des zu ändernden Asyl- und Flüchtlingsrechts (Innenpolitik) sind sichere Herkunftsstaaten zu definieren, deren Staatsangehörigen kein Asyl- oder Flüchtlingsstatus gewährt wird.
3. Realistische Rückführungsabkommen sind mit den Staaten der Herkunftsregionen abzuschließen. Diese Abkommen beinhalten auch die Rückführung von abgelehnten Asyl- und Flüchtlingsbewerbern aus deren Nachbarländern sowie die Rückführung der tatsächlich oder angeblich staatenlos sind.

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

19/15066; Für eine neue Syrienpolitik – Frieden sichern, Wiederaufbau fördern



4. Anerkannte Asylbewerber und Flüchtlinge reisen nach Wegfall der Fluchtgründe wieder in ihre Heimatregion zurück.
5. Bereits in Deutschland illegal Eingewanderte sind in ihre Heimatregionen auszuweisen.
6. Die Außengrenzen der EU wirksam schützen. Die Binnenwanderung von Nicht-EU-Bürgern und die Einwanderung in das deutsche Sozialsystem unterbinden.

2. Europa als Verbund souveräner Vaterländer gestalten

1. Den Irrweg der EU zum Einheitsstaat beenden und den Einzelstaaten die Souveränität zurückgeben.

Sollten die nachfolgenden grundlegenden Reformansätze im bestehenden System der EU nicht in angemessener Zeit verwirklicht werden, sind der Austritt Deutschlands aus der EU oder eine geordnete Auflösung der EU sowie die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft notwendig.

2. Daraus folgt, dass die Europäische Kommission nicht die Funktion einer Regierung hat. Es gilt zu prüfen, welche der Kommission nachgeordneten Institutionen aufgelöst werden können.
3. Recht setzen ausschließlich die nationalen Parlamente. Daher wird das Europäische Parlament ersatzlos abgeschafft.
4. Durch den Wegfall der Gesetzgebungskompetenz der EU den Vorrang des deutschen Grundgesetzes und des nationalen Rechts in Deutschland wiederherstellen.
5. Ein neuer EuGH nimmt die Aufgaben eines Schiedsgerichts für Streitigkeiten innerhalb der Union wahr. Seine Richter werden von den obersten Gerichten der Nationalstaaten gewählt.
6. Die bisherigen Zuständigkeiten der EU für bestimmte Politikbereiche oder Wirtschaftszweige entfallen nach dem Subsidiaritätsprinzip mit ausreichenden Übergangsfristen. Infolgedessen sind im Haushalt der EU sämtliche Bereiche zu streichen, die nicht dem unmittelbaren Unterhalt der verbleibenden Institutionen und Politikbereiche der EU dienen.

7. Deutschland unterstützt auf Anfrage Staaten, die mit der Grenz-sicherung überfordert sind.
8. Den gemeinsamen Markt bewahren und weiterentwickeln.
9. Die alleinige nationale Verantwortung für das Sozialsystem bewah-ren oder wiederherstellen.



Europa ist mehr als die Europäische Union!

3. Friedliche und konstruktive Beziehungen zu den Nachbarstaaten Deutschlands unterhalten

1. Deutschland respektiert seine Nachbarn und mischt sich nicht in ihre inneren Angelegenheiten ein.
2. Politische Stabilität wird durch Wohlstand erleichtert. Deutschland steht für freien Handel und Kapitalverkehr ein, sofern die Daseinsvorsorge der Bevölkerung oder die nationalen Sicherheitsinteressen davon nicht berührt werden.

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

19/7427; Für eine neue Russlandpolitik – Kooperation statt Konfrontation



3. Deutschland setzt sich in Europa engagiert für die Bewahrung der abendländisch-christlichen Kultur und der Prinzipien der Aufklärung ein.
4. Auch Osteuropa und Russland sind wesentliche Bestandteile unseres Kontinents. Es liegt im deutschen Interesse, politische Gegensätze in Europa auszugleichen.
5. Deutschland begrüßt und unterstützt tatkräftig die partnerschaftliche Einbindung Russlands in die europäische Sicherheitsarchitektur.

Anfrage der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

19/26561; Die außenpolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland



4. Datensouveränität zurückgewinnen

1. Deutsche staatliche Stellen, Unternehmen und Bürger sind wirksam vor Spionage und Sabotage zu schützen; das bedeutet:
 - Sichere Kommunikationsnetzknotten und Datenleitungen in Deutschland schaffen.
 - Ungewollte Datentransfers möglichst unterbinden.
 - Abhörzentren anderer Nationen in Deutschland schließen oder in Eigenregie übernehmen.
 - Informanten wirksam schützen und ihnen unter Umständen Asyl gewähren.
 - Kritische Infrastruktur wirksam vor Angriffen aus dem Internet schützen.
2. Der Bundesnachrichtendienst (BND) und seine Befähigung zur eigenständigen Durchführung von Operationen sind zu stärken.
3. Sicherheitsrelevante Hard- und Software muss von zertifizierten deutschen Unternehmen in Deutschland hergestellt werden.



5. Das Völkerrecht weiterentwickeln

Die Allgemeinen Regeln des Völkerrechts haben Verfassungsrang. Hierbei verfolgt Deutschland folgende Ziele:

1. Auf eine dringende Reform der Vereinten Nationen drängen; so sollte Deutschlands ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat werden und die Feindstaatenklauseln entfallen.

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

19/23716; Zum 75. Gründungsjubiläum der Vereinten Nationen - Bilanz ziehen, Erfolge anerkennen und Reformen vorantreiben



2. Spezielle Regeln des Völkerrechts hinterfragen und so mitgestalten, dass sie angemessen und verhältnismäßig sind und nicht gegen legitime deutsche Interessen verstoßen. Hierzu gehört auch die Möglichkeit, Abkommen aufzukündigen.
3. Die Mitgliedschaft in und die Finanzierung von Organisationen der Vereinten Nationen sind dahingehend zu überprüfen, ob sie im deutschen Interesse liegen; im negativen Fall sind sie zu beenden.
4. UN-Projekte und Programme werden nur dann finanziert und begleitet, wenn sie den SMART-Kriterien genügen (spezifisch, messbar, angemessen, realistisch, terminiert) und deutschen Interessen nicht widersprechen.

6. Die deutschen Interessen in internationalen Organisationen stärker zur Geltung bringen

1. Bei der Höhe der deutschen Beitragszahlungen an internationale Organisationen die Stellenbesetzung und organisationsinterne Beteiligung an Entscheidungsprozessen berücksichtigen. Es gilt das Motto: »Kein Geld ohne Mitsprache«.
2. Ziele internationaler Organisationen im deutschen Sinne mitgestalten.
3. Korruption und Misswirtschaft in internationalen Organisationen bekämpfen. Unter Umständen sind die Zahlungen einzustellen. Zeigt sich auch dann keine Besserung, muss ein Austritt aus der jeweiligen Organisation erfolgen.



Bildquelle: Adobe Stock / © Vladimirs Koskins

7. Das Gemeingut der Menschheit schützen (»Global Commons«)

Um das gemeinsame Erbe der Menschheit wirksam und langfristig schützen zu können, beteiligt sich Deutschland an entsprechenden internationalen Abkommen und ihrer aktiven Durchsetzung. Hierbei orientiert es sich an folgenden Prämissen:

1. Das Überleben der wesentlichen Ökosysteme und ihrer Artenvielfalt aktiv unterstützen. Dazu gehören beispielsweise die tropischen Regenwälder und die Korallenriffe.
2. Die natürlichen Ressourcen in Deutschland und der Welt langfristig erhalten und mitnutzen. Hierzu gehört auch der Schutz der Weltmeere vor Überfischung und Verschmutzung.
3. Die Freiheit der Meere für den Schifffahrtsverkehr und die wirtschaftliche Nutzung schützen.
4. Die Freiheit des Weltraums gewährleisten und Gefahren durch Weltraumschrott minimieren.
5. Die Freiheit des weltweiten Datenverkehrs gewährleisten. Dies beinhaltet den freien Zugang, die Informationssicherheit und die Verhinderung der Dominanz einzelner Staaten oder Konzerne.
6. Für die Durchsetzung des Atomwaffen-Verbotsregimes eintreten.

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

19/8991; Atomare Mittelstreckenwaffen aus Europa verbannen – Europäischen INF-Vertrag verhandeln



8. Deutsche Kulturarbeit und deutsche Minderheiten im Ausland fördern

Deutschland ist eine historisch gewachsene Kulturnation. Je größer das Ansehen Deutschlands in der Welt ist, desto eher findet es Unterstützung bei der Durchsetzung seiner Interessen. Dies ist der Zweck deutscher Kulturarbeit im Ausland.

1. Deutschland als Land der Musiker, Dichter, Denker, Wissenschaftler und Ingenieure propagieren und Bildungsveranstaltungen und kulturelle Darbietungen im Ausland fördern. Hierzu gehört auch die Zusammenarbeit mit kulturellen und wissenschaftlichen Institutionen anderer Staaten. Fremde Kulturen werden nicht durch Deutschland gefördert.
2. Den Erwerb der deutschen Sprache fördern, um möglichst vielen Menschen die Teilhabe am deutschen kulturellen Erbe zu ermöglichen. Deutsch als internationale Verkehrssprache stärken und seine Verwendung in der Wissenschaft fördern.
3. Austauschprogramme im Studium und in der Berufsausbildung finanziell langfristig sichern und erweitern, um das gegenseitige Verständnis der angehenden Führungskräfte zu verbessern. Ausländische Absolventen kehren in ihre Heimat zurück, werden aber als »Botschafter Deutschlands« im Rahmen eines Alumni-Programms regelmäßig erneut eingeladen.
4. Die Bewahrung der kulturellen Identität deutscher Minderheiten im Ausland fördern.
5. Antideutschen Ressentiments aktiv entgegenwirken. Keine einseitige Verengung auf Schuldfragen zulassen. Wir haben aus der Vergangenheit gelernt und vertreten selbstbewusst unsere eigenen, nationalen Interessen.

9. Not- und Katastrophenhilfe leisten

Deutschland nimmt seine humanitären Verpflichtungen ernst. Im Mittelpunkt aller Hilfsmaßnahmen steht der notleidende Mensch. Daraus ergeben sich alle weiteren Zielsetzungen.

1. Im Rahmen der Vereinten Nationen einen angemessenen Beitrag bei der Not- und Katastrophenhilfe leisten.
2. Die Vereinten Nationen bei der Betreuung von Notleidenden und Flüchtlingen vor Ort oder in ihrer Heimatregion unterstützen.
3. Hilfsmaßnahmen zentral koordinieren, damit sie effektiv und effizient sein können.
4. Unautorisierte und unkooperative Nichtregierungsorganisationen von Hilfseinsätzen unter deutscher Beteiligung ausschließen.
5. Den Missbrauch und die Veruntreuung von Hilfsgütern und Hilfgeldern unterbinden.
6. Die Leistungserbringung erfolgt entweder durch den betroffenen Staat selbst oder durch deutsche Institutionen oder Unternehmen. Der Einsatz deutscher Hilfgelder muss an Ergebniskontrollen gebunden sein.
7. Not- und Katastrophenhilfe ist auf akute Probleme zeitlich zu begrenzen. Sie kann Entwicklungszusammenarbeit nicht ersetzen.

10. Den Auswärtigen Dienst reformieren und ihn zur Umsetzung einer deutschen nationalen Gesamtstrategie befähigen

Der Auswärtige Dienst widmet sich wieder seinen traditionellen Kernaufgaben. Es geht dabei vorrangig um Diplomatie zum Wohle Deutschlands und nicht um die Transformation ideologischer Partikularinteressen ins Ausland.

1. Der deutsche Auswärtige Dienst ist vorrangig deutschen Interessen verpflichtet.
2. Daraus folgt, dass die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU und der gemeinsame Europäische Auswärtige Dienst abzulehnen sind.
3. Die zwischenstaatliche Abstimmung unter den europäischen Partnerländern ist ein wichtiger Pfeiler deutscher Außenpolitik, um gemeinsame Interessen zu gemeinschaftlichen Aktivitäten der EU in einer sich rasch wandelnden Welt zu bündeln.
4. Durch Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit Vertrauen aufbauen. Zusagen an angemessene Bedingungen knüpfen, quantifizieren und dann auch konsequent erfüllen.
5. Auch das konstruktive Gespräch mit Konkurrenten und Gegnern suchen.
6. Die Bezuschussung der Auslandstätigkeit parteinaher Stiftungen beenden.

7. Keine Förderung von Genderprojekten, »Öko-Utopien« oder sonstiger Ideologien. Jegliche Form von »Political Correctness« zugunsten der Freiheit der Wissenschaft beenden.

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

19/23710; Deutsche Außenpolitik unabhängig von Geschlechtszugehörigkeit betreiben – Wert imperialismus beenden



8. Die Wert- und Moralvorstellungen anderer Nationen und Kulturen respektieren

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

19/28445; Keine Beteiligung an gesellschaftlichen Transformationsprozessen durch die Förderung kulturimperialistischer Maßnahmen im Ausland





Bildquelle: Adobe Stock / © metamorworks

III. STRATEGISCHE ZIELE DER SICHERHEITSPOLITIK

Der deutschen Sicherheitspolitik mangelt es seit Jahren an realpolitischem Gestaltungswillen und belastbarer Glaubwürdigkeit. Die Erreichung der folgenden neun Ziele sehen wir als essenziell an, soll Deutschland in diesem Bereich von seinen Partnern und Freunden, aber auch von potenziellen Gegnern wieder ernstgenommen werden.

1. Die territoriale Integrität Deutschlands schützen

Deutschland schützt seine territoriale Integrität vorausschauend und nachhaltig gegen Bedrohungen zu Lande, aus der Luft, zur See und aus dem virtuellen Raum. Dies erfordert eine ganzheitliche, ressortübergreifende nationale Sicherheitsstrategie. Deutschland ist nicht in der Lage, seine eigene Sicherheit gegen das gesamte Spektrum der Bedrohungen zu gewährleisten. Daher ist Deutschland darauf angewiesen, sich mit anderen Staaten zu verbünden. Naturgemäß kommen hierfür zunächst Staaten in Frage, die unsere Wertvorstellungen und Interessen teilen und unsere äußere Sicherheit gewährleisten können.

Deutschland ist derzeit Mitglied der NATO. Die NATO erfüllt die oben genannten Anforderungen. Da Deutschland primär seine eigenen Interessen vertritt und nicht fremde, ist es im deutschen Interesse, dass die NATO ein Verteidigungsbündnis bleibt und keine darüber hinaus gehende Politik betreibt. Deutschlands Gewicht in der NATO hängt davon ab, welchen Beitrag es wirksam, berechenbar und zuverlässig leistet. Wir müssen uns unser Mitspracherecht durch Aufbau von Vertrauen in die deutsche Zuverlässigkeit erarbeiten.

Eine Europäische Friedensordnung unter Einbeziehung Russlands ist anzustreben. Dazu ist die OSZE ein wesentliches Element.

Die Bundesregierung errichtet ein nationales Krisenfrüherkennungszentrum, das Konfliktpotenziale und Bedrohungen frühzeitig erkennt, sie qualifiziert, quantifiziert und priorisiert.

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

19/24418; Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auf der Grundlage der Prinzipien der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit reformieren



Im Rahmen der deutschen nationalen Sicherheitsstrategie wirken alle politischen Instrumente aktiv und vorausschauend auf potenzielle Bedrohungsquellen ein. Hierbei gelten folgende Ziele:

1. Bedrohungen vermeiden;
2. Konfliktsituationen deeskalieren;
3. potenzielle Aggressoren wirksam abschrecken;
4. geplante Aggressionen verhindern oder unterbinden;
5. Verletzungen der territorialen Integrität Deutschlands wirksam und nachhaltig zurückweisen.

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

19/24651; Keine deutsche Unterstützung für neo-osmanische Großmachtträume – Beschwichtigungspolitik gegenüber Erdoğan beenden



6. Die notwendigen Kräfte und Mittel werden so vorgehalten, dass die Handlungsfähigkeit Deutschlands uneingeschränkt stets gewährleistet wird.

2. Deutsche Bürger im In- und Ausland schützen

Für erkannte und relevante Bedrohungsszenarien werden Maßnahmenpläne erarbeitet und Fähigkeiten bereitgestellt. Dazu gehören die folgenden Einzelziele:

1. Bedrohungen deutscher Bürger weltweit frühzeitig erkennen und bewerten.
2. Deutsche Einrichtungen und Objekte weltweit wirksam schützen.

3. Bei Bedarf Evakuierungsoperationen weltweit durchführen.
4. Antiterroroperationen zum Schutz deutscher Staatsbürger durchführen und weltweit deutsche Geiseln befreien.

3. In der NATO eine gestaltende Teilhabe sicherstellen

Deutschland stellt eine gestaltende Teilhabe sicher, indem es personell und materiell eine aktive und zielorientierte Politik betreibt. Der eigene finanzielle und materielle Beitrag Deutschlands orientiert sich an seiner Teilhabe. Er stellt somit einen Hebel dar, um eigene Interessen angemessen durchzusetzen.

Deutschland wird dem eigenen Beitrag entsprechend:

1. Die strategische und operative Ausrichtung der NATO im Sinne deutscher außen- und sicherheitspolitischer Ziele beeinflussen.
2. Für eine verstärkte Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen auf seine europäischen Bündnispartner einwirken.
3. Mit Hilfe einer proaktiven, vorausschauenden Personalpolitik Führungspositionen in der NATO besetzen.
4. Eine angemessene Repräsentanz höherer NATO-Kommandobehörden im Inland erwirken und mit eigenen Strukturen hinterlegen.
5. Die Vergabe von Rüstungsaufträgen von NATO-Mitgliedern an die deutsche Wirtschaft wirkungsvoll unterstützen.

4. Glaubwürdig zum Schutz der NATO-Bündnispartner beitragen

1. Die NATO ist momentan ein wesentliches Instrument der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik.
2. Deutschland leistet, als die wirtschaftlich stärkste europäische Macht, im Rahmen der NATO- Strategie einen wesentlichen Beitrag zum Schutz der NATO-Partner in Europa und übernimmt auf Wunsch der betroffenen NATO-Partner hierzu regional Verantwortung.
3. Deutschland stellt zugesagte Fähigkeiten und Kräfte im Rahmen der gemeinsam vereinbarten NATO-Strategie dauerhaft und berechenbar zur Verfügung.



5. Die außenpolitische Handlungsfreiheit Deutschlands sichern

Deutschland darf nicht erpressbar sein. Dies bedeutet, dass politische, militärische, wirtschaftliche und finanzielle Abhängigkeiten vermieden werden, die Deutschland erpressbar machen könnten. Daraus folgt:

1. Deutschland behält sich das Recht vor, seine Interessen im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen, auch unabhängig von der NATO und der EU, aktiv zu vertreten und durchzusetzen. Hierzu strebt es internationale und bilaterale Kooperationen auf Augenhöhe an.
2. Deutschland beteiligt sich aktiv an der Durchsetzung des internationalen Seerechts und vergleichbarer Rechtsordnungen, um seine berechtigten Interessen zu wahren.
3. Deutschland stellt sicher, dass Schlüsseltechnologien, wie zum Beispiel das Internet, nicht durch Drittstaaten oder fremde Organisationen kontrolliert werden.

6. Deutschland gegen internationalen Terrorismus und Kriminalität verteidigen

Zu den Merkmalen eines souveränen Staates gehört, dass er willens und in der Lage ist, seine Staatsbürger und sein Staatsgebiet zu schützen. Daraus ergeben sich für Deutschland unter anderem diese Zielvorgaben:

1. Deutschland und seine Staatsbürger im Rahmen einer ressortübergreifenden, ganzheitlichen Strategie vor internationalem Terrorismus und internationaler Kriminalität schützen.

2. Straftäter und deren Hintermänner international effektiv verfolgen. Auslieferungsabkommen mit anderen Staaten schließen. Bei Bedarf, jedoch unter Beachtung internationalen Rechts, Straftäter auch im Ausland festnehmen.
3. Eng mit internationalen Organisationen wie Interpol zusammenarbeiten, um die Wirkung der eigenen Nachrichtendienste zu erhöhen. Die Zusammenarbeit mit verbündeten Geheimdiensten erfolgt im gegenseitigen Respekt auf Augenhöhe.



Bildquelle: Adobe Stock / © Renáta Sedmáková

Am 19.12.2016 erlebte Deutschland den bisher schwersten islamistischen Terroranschlag. Am Breitscheidplatz starben zwölf Menschen durch die LKW-Attacke eines Attentäters. Das Bild zeigt die Anteilnahme tausender Berliner, die vor der Gedächtniskirche der Opfer gedenken.

7. Relevante Krisenregionen stabilisieren

Deutschland zu schützen, bedeutet auch, Gefahren für seine Sicherheit frühzeitig zu erkennen.

1. Deutschland orientiert sich bei der Auswahl von zu stabilisierenden Krisenregionen an konkreten deutschen Interessen im Rahmen der deutschen nationalen Sicherheitsstrategie.
2. Deutschland ermittelt die entsprechenden Regionen ressortübergreifend, priorisiert sie und vereinbart klare, messbare Ziele.
3. Stabilisierungsmissionen sind nur dann durchzuführen, wenn sie im Rahmen der Gesamtstrategie zeitlich begrenzte, messbare (Meilensteine) und realistische Ziele verfolgen. Hierzu gehört für den Fall des Scheiterns auch ein definierter Abbruch entsprechend einer zuvor festgelegten Ausstiegsstrategie.

Anfrage der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

19/26362; Deutsche Einschätzungen und Perspektiven zu China



4. Falls vitale deutsche Interessen betroffen sind, kann Deutschland auch außerhalb des NATO-Gebiets militärische Einsätze durchführen oder sich an ihnen beteiligen. In allen anderen Fällen muss zwingend ein belastbares Mandat der Vereinten Nationen vorliegen.

8. Die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr wiederherstellen

Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr verteidigen das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes. Ihnen gebührt dafür Dank und Anerkennung, nicht nur mit Worten, sondern durch Taten. Die Bundeswehr ist umfassend zu ertüchtigen. Daraus folgt:

1. Die erste Aufgabe der Bundeswehr ist die Landes- und Bündnisverteidigung. Alle anderen Aufgaben sind nachrangig.
2. Die Bundeswehr muss befähigt werden, im Falle eines Angriffs von außen die territoriale Integrität Deutschlands zu gewährleisten, bis Verstärkungskräfte der NATO wirksam werden.
3. Die Bundeswehr ist wieder in die Lage zu versetzen, gemeinsam mit den übrigen europäischen NATO-Partnern, die territoriale Unversehrtheit, auch der übrigen NATO-Partner in Europa, gegenüber jedem potenziellen Gegner zu garantieren und bei Bedarf wieder herzustellen.
4. Die Anzahl und Stärke der Verbände der Teilstreitkräfte in Friedenszeiten leiten sich aus den außen- und sicherheitspolitischen Zielen der Bundesrepublik Deutschland ab.
5. Die allgemeine Wehrpflicht für deutsche Männer muss mit einer angemessenen Wehrdienstzeit wieder eingeführt werden, ebenso ein Wehersatzdienst.
6. Die Soldaten, die Grundwehrdienst leisten, werden ausschließlich für den Verteidigungsfall oder den inneren Notstand ausgebildet und als Reservisten in Übung gehalten.

7. Die Heimatverteidigung muss durch eine umfassende Reform der Reservestruktur verbessert und zum schnellen Aufwuchs von Reserveverbänden befähigt werden.
8. Angehörige verfassungsfeindlicher Organisationen werden vom Wehrdienst ausgeschlossen. Sie leisten ggf. Wehersatzdienst gemäß Ziffer 5.
9. Die Bundeswehr ist eine rein nationale Organisation. Eine Abgabe hoheitlicher Weisungsbefugnisse auf inter- oder supranationale Organisationsstrukturen ist ausgeschlossen.
10. Die politische Einflussnahme während militärischer Operationen begrenzen, indem die politische von der militärischen Ebene durch den neu zu gründenden Generalstab getrennt wird.
11. Der militärische Beschaffungsprozess richtet sich am nationalen Bedarf aus. Die nationale Sicherheitsstrategie definiert den Bedarf. Daher stehen Sicherheitsaspekte im Beschaffungsprozess vorrangig vor wirtschaftlichen Aspekten.
12. Die Lähmung des militärischen Beschaffungsprozesses überwinden und die übermäßige Bürokratisierung durchbrechen. Dazu die Eigenständigkeit der Bundeswehrverwaltung aufheben und sie der Truppe unterstellen. Rechtliche Spielräume erweitern und voll ausschöpfen.
13. Zentrale Dienststellen und übermäßige Bürokratie überall dort zurückschneiden oder abschaffen, wo sie das eigenständige Handeln der Truppe nicht unterstützen, sondern behindern.

9. Die nationale wehrtechnische Industrie stärken

1. Der Erhalt und die Leistungsfähigkeit der deutschen wehrtechnischen Industrie sind für die Souveränität Deutschlands unverzichtbar. Schlüsseltechnologien werden erhalten und geschützt.
2. Die deutsche wehrtechnische Industrie in die Lage versetzen, ihr technisches Fachwissen eigenständig zu erhalten. Hieran orientiert sich auch der Export von Wehrtechnik. Er erfolgt im Einklang mit deutschen und internationalen Gesetzen zur Rüstungskontrolle. UN-Sanktionen werden beachtet.
3. Den Abbau, die Abwanderung und den Ausverkauf wehrtechnischer Schlüsseltechnologien stoppen und diese in bereits verloren gegangenen Kompetenzbereichen wiederaufbauen.
4. Dem Abfluss von wehrtechnischem Fachwissen systematisch und aktiv entgegenzutreten. Dies gilt auch für die damit verbundenen Wirtschaftszweige, zum Beispiel im Bereich der Telekommunikation.
5. Der deutschen Rüstungsindustrie im Zweifelsfall Vorrang vor ausländischer Konkurrenz einräumen.
6. Exportrestriktionen gelten grundsätzlich nicht für NATO-Bündnispartner und richten sich nach den deutschen Interessen. Hierzu führt die Bundesregierung Länderlisten, um die Prozesse für Exportanfragen zu vereinfachen, zu beschleunigen und berechenbarer zu machen. Exportrestriktionen sind kein Mittel der Tages- oder Parteipolitik. Sie werden davon unabhängig langfristig definiert.
7. Um die deutsche Kooperationsfähigkeit international wieder zu reaktivieren, dürfen sich deutsche Exportrestriktionen nur auf Gesamtsysteme beziehen, nicht aber auf Baugruppen oder Teilsysteme. UN-Sanktionen werden allerdings beachtet.

OCEAN



Bildquelle: Adobe Stock / © m.mphoto

MERIDIONAL

IV. STRATEGISCHE ZIELE DER AUSSENWIRTSCHAFTSPOLITIK UND DER ENTWICKLUNGS- ZUSAMMENARBEIT

Die Außenwirtschaftspolitik und die Entwicklungszusammenarbeit sind wesentliche Elemente der nationalen Gesamtstrategie Deutschlands. Mit jeweils spezifischer Wirkungstiefe manifestieren sie die tatsächlichen Gestaltungsmöglichkeiten Deutschlands im globalen Kontext und beeinflussen unmittelbar die Wirtschaft im Inland. Daraus ergeben sich die folgenden Zielsetzungen.

1. Die Energie- und Rohstoffversorgung Deutschlands sichern

Deutschland ist auf den kontinuierlichen Zugang zu Rohstoffen angewiesen. Dies bedeutet für die Außenwirtschaftspolitik Deutschlands:

1. Über die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe den Bedarf kritischer Rohstoffe ermitteln und ein Versorgungskonzept erarbeiten.
2. Abbau von tarifären wie nicht tarifären Handelshemmnissen, die deutsche Unternehmen bei dem Bezug von Roh- und Vorstoffen behindern.
3. Abhängigkeiten gegenüber einzelnen Lieferanten in vitalen Bereichen minimieren.
4. Deutsche Unternehmen im Ausland bei der Verbreiterung ihrer Bezugsbasis unterstützen. Bei Bedarf die Wirtschaftsabteilungen der deutschen Botschaften einbinden.
5. Im Verbund mit befreundeten Staaten und in den zuständigen internationalen Organisationen, wie zum Beispiel der WTO, nachdrücklich auf den freien Zugang deutscher Unternehmer zu den Energie- und Rohstoffquellen hinwirken.
6. Deutsche Unternehmen im Ausland bei der Erschließung und Exploration von Rohstoffquellen auf Anfrage staatlich flankieren.
7. Bestehende Embargos hinterfragen, wenn sie Deutschlands Interessen widersprechen.

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

19/17525; Entwicklungszusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen konzipieren – Rohstoffversorgung der deutschen Industrie sicherstellen



Antwort der Bundesregierung auf unsere Anfrage:

19/16274; Ergebnisse der deutschen Aufbau- und Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan 2002 bis 2018



2. Deutsche Unternehmen im Außenhandel durch geeignete Maßnahmen unterstützen

1. Deutsche Außenpolitik ist – nach der Sicherheit Deutschlands – vor allem Wirtschaftsförderung. Die deutschen Auslandsvertretungen werden angewiesen, deutsche Unternehmen zu unterstützen.
2. Im Rahmen der Außenhandelspolitik Diskriminierungen deutscher Unternehmen durch andere Regierungen zurückweisen.
3. Für deutsche Unternehmen Rahmenbedingungen schaffen und bewahren, die sie befähigen erfolgreich an internationalen Ausschreibungen und Auftragsvergaben teilzunehmen. Hierzu gehören auch Bürgschaften und sonstige Garantien.
4. Sofern Aufträge für Entwicklungs- und Nothilfe nicht an Unternehmen in den betroffenen Ländern vor Ort vergeben werden, sind vorrangig deutsche Unternehmen zu berücksichtigen.

3. Die Rechtssicherheit für freien Handel und Wettbewerb stärken

1. Investitionsschutzabkommen fördern und abschließen, die deutschen Unternehmen nützen.
2. Geeignete staatliche Maßnahmen ergreifen, um gegen ausländische Wirtschaftsspionage oder Patentschutzverletzungen vorzugehen.
3. Bei Handelssanktionen oder unfairen Praktiken gegen deutsche Unternehmen intervenieren und vermitteln.

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

19/14349; Sanktionen gegen Russland aufheben



4. Die deutsche und europäische Wettbewerbspolitik im Interesse deutscher Unternehmen stärken.
5. In Handelsverträgen die Übertragung von nationalen Souveränitätsrechten auf private Schiedsgerichte ausschließen.

4. Die Stabilität des Weltfinanzsystems stärken

1. Währungsverbünde nur mit Staaten vereinbaren, deren Volkswirtschaften mit der deutschen Volkswirtschaft auf gleichem Niveau liegen.
2. Eine Finanztransaktionssteuer unterstützen, wenn sie an allen Handelsplätzen der Europäischen Gemeinschaft eingeführt und nationalstaatlich vereinnahmt wird.

3. Durch den Wegfall des Euro den Ländern im Süden Europas die Möglichkeit der Währungsabwertung zur Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit wieder eröffnen.
4. Deutsche Finanzinstitute bei der Finanzierung von Großvorhaben bei Bedarf flankieren.

5. Entwicklungsländer zielgerichtet individuell unterstützen

Die Entwicklungszusammenarbeit wird wieder integraler Bestandteil der Außenpolitik. Daher wird das bisherige Entwicklungsministerium in das Auswärtige Amt eingegliedert. Die Entwicklungshilfepolitik muss insgesamt überprüft werden, sowohl inhaltlich als auch organisatorisch.

Die Eigenverantwortung der Partner ist – im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe – die Grundlage deutscher Entwicklungszusammenarbeit:

1. Maßnahmen unterstützen, die das weltweite Bevölkerungswachstum bremsen können.
2. Maßnahmen unterstützen, die eine Massenmigration nach Europa verhindern können.
3. Stabile Regierungsformen fördern.
4. Das Entwicklungsniveau inklusive der Wertschöpfungsketten von Partnerländern anheben, da dies letztlich auch der deutschen Wirtschaft zugutekommt.

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

19/24653; Neuordnung der deutschen Sahelpolitik anhand realpolitischer Richtlinien





Bundeskanzleramt, Berlin

Bildquelle: Adobe Stock / © Mummert-und-Ibold

V. RESSORTABGRENZUNG

Die erfolgreiche Umsetzung der hier skizzierten deutschen nationalen Gesamtstrategie bedingt die Festlegung der Zuständigkeiten der direkt involvierten Ressorts für die Entwicklung und Fortschreibung der nationalen Gesamtstrategie. Hier sind zum Teil neue Schwerpunktsetzungen erforderlich.

1. Bundeskanzleramt

Das Bundeskanzleramt ist verantwortlich für die Erstellung und Weiterentwicklung der deutschen nationalen Gesamtstrategie. Es koordiniert die Ministerien des Bundes bei der Umsetzung dieser Strategie und setzt bei Bedarf Prioritäten.

2. Auswärtiges Amt

Das Auswärtige Amt erstellt unter Berücksichtigung der allgemeinen Vorgaben des Bundeskanzleramts in enger Abstimmung mit dem Verteidigungsministerium den außen- und sicherheitspolitischen Anteil an der deutschen nationalen Gesamtstrategie und schreibt ihn fort. Es hat die Federführung der Kommunikation mit anderen Staaten und multinationalen Organisationen inne. Hierbei hat es folgende Aufgaben:

1. Über die deutsche Politik informieren und für sie werben.
2. Informationen einholen und auswerten.
3. Die internationale Lage auf ihren Einfluss auf die Umsetzbarkeit deutscher Ziele analysieren.
4. Vorschläge für die Adaptierung der nationalen Strategie an die außenpolitische Realität unterbreiten.

Das Auswärtige Amt verantwortet die auswärtige Kulturpolitik mit dem Ziel, das Ansehen Deutschlands in der Welt zu stärken und für die politischen Anliegen Deutschlands zu werben. In das Auswärtige Amt werden die Nothilfe, die Entwicklungszusammenarbeit und der Bundesnachrichtendienst eingegliedert.

3. Verteidigungsministerium

Das Verteidigungsministerium stellt die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr sicher und verantwortet militärische Operationen in nationaler Verantwortung oder im Verbund mit anderen Nationen.

Zur Sicherstellung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr hat das Verteidigungsministerium insbesondere die Aufgabe, die personellen, finanziellen, rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die spezifisch militärischen Erfordernisse der Streitkräfte vollständig und angemessen erfüllt werden.

Im Vorfeld möglicher und während laufender militärischer Operationen informiert das Verteidigungsministerium die politische Führung umfassend. Insbesondere das Bundeskanzleramt und das Auswärtige Amt werden in militärfachlichen Fragen mit Blick auf den für die beabsichtigte Zielerreichung erforderlichen Aufwand und die notwendigen Rahmenbedingungen beraten.

Das Verteidigungsministerium unterstützt das Auswärtige Amt bei der Feststellung und Beurteilung der sicherheitspolitischen Lage, besonders über Fähigkeiten und Absichten fremder Mächte.

Der Generalstab führt die Streitkräfte nach den Vorgaben des Verteidigungsministeriums.



Bildquelle: Adobe Stock / © vegefox.com



VI. UMSETZUNG DER DEUTSCHEN NATIONALEN GESAMTSTRATEGIE

Die deutsche nationale Gesamtstrategie ist legislatur- und ressortübergreifend angelegt. Sie mündet in einen Umsetzungsplan für die jeweilige Legislaturperiode.

Zu Beginn einer Legislaturperiode wird die Zielerreichung der vergangenen Periode insgesamt überprüft und ausgewertet. Die hieraus gezogenen Schlussfolgerungen münden in die Überarbeitung der Gesamtstrategie sowie eines neuen Umsetzungsplans.

Der Umsetzungsplan beinhaltet Projekte und Prozesse der Ressorts mit den für die Legislaturperiode vereinbarten Projekt- und Prozesszielen. Die hierfür erforderlichen Ressourcen werden über die mittelfristige Finanzplanung des Bundeshaushalts vorgeplant und für die jeweiligen Haushaltsjahre durch den Bundestag verabschiedet. Wo immer möglich, sollen für die Haushaltsjahre Projekt- und Prozessteilziele vereinbart werden, deren Erreichung im Rahmen von Überprüfungen durch die Ausschüsse des Bundestages kontrolliert wird.

NACHWORT

Friedrich von Schiller schenkte uns in seinem 1804 vollendeten Drama »Wilhelm Tell« den folgenden Gedanken: »Es kann der Frömmste nicht im Frieden bleiben, wenn es dem bösen Nachbar[n] nicht gefällt.« Kaum ein anderer Satz beschreibt das Weltgeschehen der Gegenwart zutreffender als dieser.

Böse Nachbarn, so glaubte man allerdings nach dem Mauerfall, gebe es in der nun anbrechenden Epoche, für die Francis Fukuyama bereits das Ende der Geschichte aufkommen sah, nicht mehr; sie seien vernünftigerweise in Gegenwart und Zukunft ebenso wenig vorstellbar wie die Existenz von Mauern, die Staaten trennen. Doch nicht nur die Geschichte geht weiter, sondern auch das ewige Austarieren von Interessen mit und manchmal gegen Staaten, die man in der heutigen Zeit nicht mehr so einfach in gute oder böse einteilen kann.

Insofern verfolgt die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag einen Kurs, den man durchaus als klassisch im Bismarck'schen Sinne, vor allem aber als pragmatisch bezeichnen muss. In einem unlängst verabschiedeten Strategiepapier bekennt sich die Alternative für Deutschland zu einer Realpolitik im deutschen Interesse und nimmt sich dafür die erfolgreichsten deutschen Außenpolitiker Otto von Bismarck, Karl-Gustav Stresemann und Hans-Dietrich Genscher zum Vorbild. Im Gegensatz zur deutschen Bundesregierung fordert die größte Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag eine Rückkehr zu einer eindeutig formulierten nationalen Außenpolitik. Die Vermischung außenpolitischer Ziele mit den Anliegen zahlreicher Interessensgruppen und NGOs, die demokratisch nicht legitimiert für sich mit Themen wie Klimapolitik, Gender und Frauenrechte weltweit ein politisches Mitspracherecht reklamieren, halten wir für falsch.

Die AfD bekennt sich zu einem Europa der Vaterländer im Sinne Charles de Gaulles, wobei sie dem Ziel aller anderen Fraktionen im Deutschen Bundestag einer »gleichgeschalteten Gesellschaft« vom Nordkap bis Sizilien eine klare Absage erteilt. Europa bedeutet für uns die kraftvolle, belebende und kreative Auseinandersetzung seiner Nationen um die besten Wege und Resultate in Bildung und Wissenschaft, in der Wirtschaft und der Kultur. Dabei sieht sie die konkurrierenden europäischen Nationalstaaten in der Verpflichtung, die sich ergebenden Dispute im Sinne gegenseitiger Inspiration mit ausschließlich friedlichen Mitteln zu führen. Die Katastrophen des 20. Jahrhunderts dürfen sich nicht wiederholen. Sie haben Gesamteuropa in der Weltpolitik in vielen Bereichen marginalisiert. Wir erinnern uns dabei der Einschätzung des türkischen Staatsgründers Kemal Atatürk: »Es mag eine Vielzahl von guten Kulturen in der Welt geben, aber es gibt nur eine Zivilisation – und das ist die europäische.«

Realpolitik im deutschen Interesse heißt, sich bei den großen globalen Herausforderungen stets auch des Nutzens für Deutschland zu vergewissern. Die AfD widerspricht daher der von der Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel favorisierten Strategie einer regelbasierten, multilateralen Weltordnung. Dementsprechend kann es auch keine globale Bewältigung vielfältiger Probleme geben, sondern nur nationale Einzelfallentscheidungen, die bei Interessensgemeinschaften auch mit anderen Staaten zusammen angegangen werden können. So lehnt die Alternative für Deutschland das Pariser Klimaabkommen zwar ab, da sie den Klimawandel nicht als einen ausschließlich durch den Menschen verursachten ansieht, sie folgt aber der Einschätzung der Wissenschaft, die eine weltweite

Klimaveränderung feststellt, und tritt für internationale Strategien zur Abwehr der Folgen einer solchen ein.

Bei Problemen, die mehrere Nationen berühren, sollte Deutschland immer dann auf europäischer oder transkontinentaler Ebene Lösungen suchen, wenn es seinen Interessen dient und wenn diese am Ende des Abstimmungsprozesses untereinander auch gewahrt bleiben. So hätte es schon 2015 im vom Bürgerkrieg geplagten Syrien, wie von uns gefordert, die Einrichtung von Schutzzonen für die Zivilbevölkerung geben müssen, die – durch ein robustes Mandat der Vereinten Nationen geschützt – die massiven Flüchtlingsströme nach Europa, insbesondere nach Deutschland, verhindert hätten. Auch eine internationale Abstimmung im Kampf gegen den Terror liegt im deutschen Interesse. Die Bekämpfung des Coronavirus allerdings, bei der bislang sämtliche von der EU koordinierten Maßnahmen versagt haben, ist vornehmlich eine nationale Herausforderung, die teilweise sogar nur regional bewältigt werden kann. Folglich hat jedes EU-Land noch heute seine eigene Anti-Corona-Strategie.

Ähnliches gilt auch für die sogenannte vierte industrielle Revolution. Die rasante Entwicklung Israels auf diesem Gebiet belegt, dass es eben kein supranationales Gebilde wie ein imaginiertes Vereinigtes Europa geben muss, um technologisch weltweit führend zu sein. Vielmehr fördert der Wettstreit der Nationen auch das Entwicklungstempo im Technologiebereich. Das ist allein daran erkennbar, dass in Deutschland 90 Prozent aller Patente an mittelständische Unternehmen vergeben wurden, während große internationale Konzerne mit Stammsitz in Deutschland, so zum Beispiel Bosch, Siemens, BASF und andere, überwiegend als Patentverwerter auftreten; technologisch kann Deutschland durchaus noch, wenn auch nicht auf allen Gebieten, mit der wirtschaftlichen und militärischen Supermacht USA konkurrieren.

Diese Besinnung auf die eigene Kraft in wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Hinsicht gilt auch für ein stärkeres außenpolitisches Selbstbewusstsein. Realpolitik im deutschen Interesse heißt nichts anderes, als in Einzelfragen mit denen zusammen zu gehen, die unsere Anliegen unterstützen können. Das wäre zum Beispiel auch mit der Regierung unter Präsident Trump möglich gewesen, da ein gemeinsamer Druck der USA und Deutschlands auf China in Sachen Patentschutz und Schutz des geistigen Eigentums größere Erfolgsaussichten gehabt hätte.

Es gelang der Bundesregierung bisher nicht, konzeptionell und tagespolitisch auf die schon zu Obamas Zeiten eingeleitete Politikwende der USA hin zum pazifischen Raum zu regieren. Gerade den von Präsident Trump initiierten Rückzug aus den internationalen Verbots- und Reduzierungsverträgen über die Nuklearwaffenpotenziale hätte Deutschland zum Anlass nehmen müssen, auf eine stärker auf eigene und europäische Interessen ausgerichtete Verständigungspolitik mit Russland hinzuwirken. Hier hätte sich ein Vertrag der europäischen Nationen mit Russland über den Bann von nuklearen Trägersystemen mit einer Reichweite zwischen 550 und 5500 Kilometern (»New INF Vertrag«) angeboten. Generell wäre Deutschland in der Lage, bei den europäischen Nachbarn auf deren stärkere Rolle im gemeinsamen NATO-Verteidigungsbündnis hinzuwirken. Dies setzt allerdings voraus, dass Deutschland erst einmal seinen finanziellen Selbstverpflichtungen gegenüber der NATO so nachkommt, dass ein deutlicher militärischer Mehrwert erkennbar ist. Die AfD unterstützt jegliches Bestreben, das die klassische Verteidigungsrolle der NATO reaktiviert. Die Alternative für Deutschland spricht sich aufgrund der katastrophalen Erfahrungen in Afghanistan, Mali und anderen Staaten gegen den Einsatz deutscher Truppen außerhalb des europäischen Verteidigungsraumes aus.

Deutschland ging es in Zeiten friedlicher Beziehungen zu Russland immer gut. Für Deutschland ist daher der Ausgleich mit Russland und die Integration des großen östlichen Nachbarn in das europäische Haus von größter Wichtigkeit. Blickt man auf die Phasen gelungener Kooperationen zwischen der Sowjetunion und Deutschland im letzten Jahrhundert zurück, so gingen dem politischen Interessenausgleich stets erfolgreiche Wirtschaftsbeziehungen voraus. Pragmatisch betrachtet muss man erkennen, dass Russland über die in Deutschland dringend benötigten Rohstoffe in mehr als ausreichenden Mengen verfügt, während man von Sankt Petersburg bis Wladiwostok großes Interesse an deutscher Technologie und Knowhow hat. Diese Situation gilt es zu beiderseitigem Vorteil zu nutzen. Dabei sind Vorhaltungen über unterschiedliche System- und Wertevorstellungen unangebracht. Einer klugen deutschen Außenpolitik gegenüber Russland war dies auch stets bewusst. Bereits 1975 wurde im Dekalog der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa unter anderem das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten niedergelegt. Diesem Grundsatz sollte sich die deutsche Außenpolitik auch heute verpflichtet fühlen.

Wir haben zu konstatieren, dass Russland nach jahrhundertelanger Zarenherrschaft und einer knapp 80 Jahre währenden Sowjetdiktatur nunmehr seit einer Generation auf dem Wege zur Demokratie ist. Auch in Deutschland gelang die Etablierung demokratischer Strukturen nicht ohne existentielle Gefährdungen, lange Unterbrechungen und heftige Rückschläge. Wir sollten mit einer unserer Demokratiegeschichte angemessenen Bescheidenheit Russland gegenüberreten und nicht beständig auf das zeigen, was in diesem großen Land noch nicht gelungen ist, sondern Russland die Zeit geben, die es auf seinem Weg benötigt. Wir sind fest davon überzeugt, dass es ohne eine gemeinsame Politik mit Russland weder Frieden noch Stabilität in Europa geben wird.

Ungleich schwieriger ist die außenpolitische Bewertung unserer Position gegenüber China. Das Reich der Mitte bedeutet für Deutschland Ansporn und Herausforderung zugleich, nicht ohne gelegentlich bedrohliche Akzente. Chinas massive Dominanz im afrikanischen Raum, seine Politik einer neuen Seidenstraße, deren Auswirkungen die europäische Wirtschaft spürt, und vor allem sein Streben nach Führung in Ostasien schafft neue politische Kraftfelder. Ohne Zweifel wird das Seidenstraßenprojekt, das heute in Duisburg endet, einen Teil des weltweiten Warenverkehrs abdecken können. Offensichtlich ist aber auch, dass der Seetransport von Gütern preislich nicht zu unterbieten sein wird. Man stelle sich nur die über 20.000 Container eines dieser Tage zwischen China und Europa verkehrenden Containerschiffes verteilt auf die Waggon eines Güterzuges vor. Sichere maritime Handelsrouten sind für den internationalen Warenverkehr unerlässlich. Deutschland hat deswegen ein vitales Interesse an der Aufrechterhaltung und dem Schutz der internationalen Seewege, das es mit den USA, aber auch mit China teilt. Wir gehen davon aus, dass China sehr genau weiß, welche negativen Auswirkungen der Versuch nach sich ziehen würde, diese Handelsrouten einseitig kontrollieren zu wollen.

Kritisch sieht die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag das finanzielle und wirtschaftliche Engagement Chinas in Deutschland. Wie engagiert chinesische Unternehmen auf dem deutschen Markt agieren, zeigte 2016 die Übernahme der Kuka AG durch die chinesische Midea Group, die sich so den Zugang zum Wissen und zur Fertigungstechnologie eines Hochleistungsunternehmens auf dem Gebiet der Robotik sicherte. Für Deutschlands Zukunft als Wissenschafts-, Technologie- und Fertigungsstandort ist es unerlässlich, den Ausverkauf deutscher Hochtechnologie zu verhindern und den chinesischen Begehrlichkeiten definierte Grenzen zu setzen. Gleichzeitig ist der chinesische Markt für deutsche Unternehmen so lukrativ geworden, dass wir beide Notwendigkeiten – hier das Ziel des

langjährigen Exportweltmeisters Deutschland, seine Produkte in China anzubieten, dort die Sorge um den Verlust der technologischen Kernkompetenzen durch Firmenübernahmen – zu einem Interessenausgleich mit China bündeln müssen.

Deutschland sollte sich daher auf keinen Fall in die sich immer deutlicher abzeichnende Konfrontation der USA mit China hineinziehen lassen. Abstand nehmen sollte die Bundesregierung von Überlegungen, die deutsche Marine im asiatischen Raum operieren zu lassen. Abgesehen von der Frage, mit welchen Schiffen die über Jahre ausrüstungstechnisch vernachlässigten deutschen Seestreitkräfte das bewerkstelligen sollen, stellt sich die ernste Frage, ob Deutschland aus Bündnistreue gegenüber den USA nicht plötzlich zu einem militärischen Akteur wider Willen in einer Region wird, in die es aus gutem Grund seit der Kaiserzeit keine Soldaten mehr entsandte.

Deutschlands Bedeutung ist bei internationalen Gesprächen und bei den Konsultationen der Großmächte in den vergangenen Jahren deutlich geringer geworden. Die Anerkennung und Aufforderung des früheren US-Präsidenten George Bush sen. gegenüber dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl: »Helmut, we are partners in leadership« würde heute kein US-Präsident mehr wiederholen. Schlimmer noch: Wie einen Schüler, der disziplinlos und leichtfertig seine Talente vergeudet, kanzelte ein chinesischer Diplomat Deutschland nach dem Ende seiner temporären Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat im Dezember 2020 ab: »Das Auftreten Deutschlands im Sicherheitsrat hat nicht den Erwartungen der Welt und den Erwartungen des Rates entsprochen.« Der russische Vertreter ergänzte unmissverständlich: »Sie werden uns nicht fehlen.« Damit rückt auch der lange gehegte Wunsch Berlins, dauerhaft Mitglied im UN-Sicherheitsrat zu werden, in weite Ferne. Mögen wir als immer noch starke Wirtschaftsmacht im Kreis der G20-Staaten eine durchaus wahrnehmbare Stimme haben, droht uns im internationalen

Völkerparlament der UNO der Verweis auf die hinteren Plätze. Durch Deutschlands rasche, nicht selten unberechenbare Positionierung bei internationalen Konfliktlagen, wie in der Ukraine, wie jetzt in Weißrussland oder zuvor in Venezuela, droht der Verlust des guten Rufes auf dem internationalen Parkett.

Deutschland trägt nur sehr wenige koloniale Bürden und fällt als Mittelmacht militärisch nicht ins Gewicht; Deutschland könnte als Vermittler, als ehrlicher Makler international entscheidend zur Konfliktentschärfung und Befriedung beitragen. So wie es Bismarck 1878 gelang, die Interessen der europäischen Mächte auf dem Balkan so auszubalancieren, dass alle ihre Ansprüche berücksichtigt sahen, so könnte Deutschland seine Rolle unter den Nationen der Welt verstehen. Dafür wäre allerdings ein Paradigmenwechsel im Auswärtigen Amt notwendig, der mit der oben erwähnten Rückkehr zur klassischen Diplomatie einhergeht und auf eine Einflusspolitik in Menschenrechts-, Klima-, Gender- und Frauenfragen verzichtet.

Die deutsche Außenpolitik sollte sich mit diesem Selbstverständnis besonders dort einbringen, wo wir traditionell auf guten Beziehungen aufbauen können. Dies gilt für Weißrussland ebenso wie für die Ukraine und die anstehenden Neuverhandlungen mit dem Iran zur Wiener Nuklearvereinbarung über das iranische Atomprogramm (JCPOA). Einen wichtigen Raum nehmen die zunehmend schwierigeren Beziehungen zur Türkei ein. Während Deutschland lange Zeit ein weitgehend problemloses Verhältnis zur Türkei pflegte und noch unter Helmut Kohl im Gespräch mit den türkischen Partnern auf die türkische Politik einwirken konnte, nutzt heute Präsident Erdogan seine Landsleute in der Bundesrepublik zur Einflussnahme auf die deutsche Politik.

Deutschlands schwindende internationale Bedeutung offenbart sich angesichts der militärischen Interventionspolitik der Türkei in Syrien,

Libyen, Aserbaidshan oder gar Mali in besonderem Maße: Deutschland verfügt kaum noch über Möglichkeiten, Nennenswertes zur Vermittlung zwischen den Konfliktbeteiligten beizutragen.

In den Syrienkonflikt ist Deutschland direkt eingebunden. Knapp eine Million syrische Flüchtlinge leben in Deutschland, politische Entwicklungen dort wirken unmittelbar nach Deutschland hinein. Festzustellen ist, dass sich die auswärtige Politik der Bundesregierung aufgrund ihrer rigorosen Ablehnung eines direkten Kontakts zu Präsident Assad selbst der Chancen beraubt, in welcher Weise auch immer die Situation in Syrien zum Besseren zu wenden und den syrischen Flüchtlingen hierzulande die Aussicht auf eine Rückkehr in ihr Heimatland aufzuzeigen. Sinnvoll wäre es dagegen, durch Verhandlungen eine verbrieft Zusage des syrischen Präsidenten zu erreichen, die heimkehrenden Flüchtlinge aus Deutschland weder zu verfolgen noch ihren Immobilienbesitz zu enteignen. Als Kontrollorgan könnte hier ein »Special Envoy« der Vereinten Nation dienen. Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hat dafür den früheren stellvertretenden UN-Generalsekretär Klaus Töpfer vorgeschlagen.

Da nach dem vermeintlichen arabischen Frühling der gesamte arabische Raum zum Teil völlig destabilisiert ist, liegt es nach Ansicht der AfD-Bundestagsfraktion auch im deutschen Interesse, das in Gang zu setzten, was in den 70er Jahren durch den KSZE-Prozess letztendlich zur Aufweichung und völligen Verschiebung damals starrer Situationen geführt hat. Die Abgeordneten der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag sind wie einige Stimmen aus der Union und aus den Reihen der Grünen der Überzeugung, dass die internationale Staatengemeinschaft eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten unter Einbeziehung Israels initiieren sollte. Uns ist dabei bewusst, dass dies mit einigen großen Treffen aller Beteiligten allein nicht getan ist. Die Akte von Helsinki stand am Ende eines viele Jahre dauernden Prozesses. Wir

sind aber der Überzeugung, dass es dieses Kraftaktes bedarf, um in jener Region eine weitere Verschärfung der Konflikte und das Entstehen neuer Auseinandersetzungen zu verhindern.

Um als deutsche Bundesregierung die zuvor erwähnten vielfältigen Herausforderungen der deutschen Außenpolitik meistern zu können, ist unseres Erachtens eine umfassende Reform der deutschen auswärtigen Politik vonnöten. Dass die parlamentarische Kontrolle der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung inzwischen nur noch eine marginale Rolle spielt, ist beklagenswert genug. Dass wir aber durch immer neue Restriktionen unseren Auslandsgeheimdienst (BND) fast wirkungslos machen, wiegt da schon sehr viel schwerer.

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag fordert deshalb schon seit längerem die Einrichtung eines nationalen Sicherheitsrates als ständig tagendes Gremium. Ähnlich wie der National Security Council in den USA sollte ein deutscher nationaler Sicherheitsrat die Expertise aus den entsprechenden Ministerien mit der taktischen Umsetzung durch die Exekutiv- und Hilfsorgane im Inneren und Äußeren abstimmen und koordinieren. Durch eine permanente und feststehende Organisationsstruktur ist der rasche Abgleich nationaler und internationaler Informationen möglich und gewährleistet so die schnelle und zeitnahe Entwicklung nationaler Handlungsoptionen.



Dr. Alexander Gauland, MdB
Fraktionsvorsitzender



Armin-Paulus Hampel, MdB
Außenpolitischer Sprecher

DIE MITGLIEDER DES ARBEITS DER AfD-BUNDESTAGSFRAKTION



Armin-Paulus Hampel, MdB

Außenpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion und ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages



Dr. Roland Hartwig, MdB

Stellvertretender außenpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion und ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages



Petr Bystron, MdB

Obmann der AfD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages

ARBEITSKREIS FÜR AUSWÄRTIGES IM DEUTSCHEN BUNDESTAGES



Dr. Anton Friesen, MdB

Ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages



Waldemar Herdt, MdB

Ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages



Paul Viktor Podolay, MdB

Ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages

Wir freuen uns auf Ihre Fragen und Anregungen.

Ihr Arbeitskreis Außenpolitik der AfD-Bundestagsfraktion

DIE STELLVERTRETENDEN MITGLIEDER DES ARBEITSKREISES

Dr. Alexander Gauland, MdB

Fraktionsvorsitzender der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Tino Chrupalla, MdB

Stellvertretender Vorsitzender der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Prof. Dr. Lothar Maier, MdB

Mitglied der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Dr. med. Robby Schlund, MdB

Obmann des Begleitgremiums für die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Udo Hemmelgarn, MdB

Obmann der AfD-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen des Deutschen Bundestages

René Springer, MdB

Arbeits- und sozialpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag



Wir machen Realpolitik, keine Moralpolitik

»Es ist einfach, mit Menschen zu reden, mit denen man sich gut versteht. Die Kunst der Diplomatie besteht darin, auch mit Menschen zu sprechen, mit denen man sich nicht versteht.«

Der Arbeitskreis für Auswärtiges der AfD-Bundestagsfraktion ist das Pendant zum Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestags, der seine Aufgaben wie folgt beschreibt:

»Der Auswärtige Ausschuss ist ein von der Verfassung privilegierter Ausschuss, er gehört zu den vier Ausschüssen, die das Grundgesetz fest vorschreibt. Als klassischer politischer Ausschuss begleitet er die auswärtige Regierungspolitik vor allem im Vorfeld wichtiger außen- und sicherheitspolitischer Entscheidungen. Grundsätzlich arbeitet er hinter verschlossenen Türen. Denn seine Beratungsthemen sind hochsensibel. So beraten seine Mitglieder federführend, ob die Bundesregierung deutsche Soldaten zu Auslandseinsätzen entsenden darf.«

Bundestagsreden des Arbei

Armin-Paulus Hampel, MdB

Aktuelle Stunde zu den jüngsten Entwicklungen in Russland



<https://dbtg.tv/fvid/7501612>

Petr Bystron, MdB

NATO-Beitritt der Republik Nordmazedonien



<https://youtu.be/uf3enR2R0Z0>

Waldemar Herdt, MdB

Demokratie und nationale Souveränität in Belarus



<https://dbtg.tv/fvid/7470384>

itskreises zur Aussenpolitik

Dr. Roland Hartwig, MdB

Auswärtiges Amt



<https://youtu.be/VFYagOZFpI0>

Dr. Anton Friesen, MdB

Aktuelle Stunde zu den Raketenangriffen auf Israel und der Eskalation der Gewalt



<https://dbtg.tv/fvid/7522216>

Paul Viktor Podolay, MdB

Bundeswehreininsatz im Mittelmeer (SEA GUARDIAN)



<https://youtu.be/TiFcngwfyKc>





Alternative
für
Deutschland


FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Folgen Sie uns!

 [AfDBundestag.de](https://www.afdbundestag.de)

 fb.com/AfDimBundestag

 [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)

 [youtube.com/
AfDFraktionimBundestag](https://youtube.com/AfDFraktionimBundestag)

Herausgeber:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
vertreten durch den Fraktionsvorstand

Kontakt:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Arbeitskreis Außenpolitik
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57141
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: buergen@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion:
Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag; Adobe Stock / © peterschreiber.media

Stand: April 2021

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.